

Richtlinie der Pädagogischen Hochschule Heidelberg über die Vergabe von Leistungsbezügen gem. § 38 LBesG, Forschungs- und Lehrzulagen gem. § 60 LBesG sowie Zulagen für Juniorprofessorinnen und -professoren gem. § 59 LBesG vom 27.10.2020

Gemäß § 9 Abs. 1 Leistungsbezügeverordnung hat das Rektorat der Pädagogischen Hochschule Heidelberg am 27.10.2020 die folgende Richtlinie beschlossen. Mit Schreiben vom 18.01.2021 hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg dieser Richtlinie zugestimmt.

§ 1 Anwendungsbereich

Diese Richtlinie gilt für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppen W2 und W3, für Juniorprofessorinnen und -professoren, Junior- und Hochschuldozentinnen und -dozenten sowie für hauptberufliche Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien, soweit nicht die Zuständigkeit des Hochschulrats gegeben ist.

§ 2 Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge

- (1) In den Besoldungsgruppen W 2 und W3 können aus Anlass von Berufungs- oder Bleibe-Verhandlungen Leistungsbezüge vergeben werden, soweit dies erforderlich ist, um eine Professorin/einen Professor für die Hochschule zu gewinnen (Berufungs-Leistungsbezüge) oder eine Abwanderung abzuwenden (Bleibe-Leistungsbezüge). Kriterien sind die Qualifikation und die bisherigen Leistungen der Bewerberin/des Bewerbers unter Berücksichtigung der Bewerberlage und der Arbeitsmarktsituation in dem jeweiligen Fach sowie alternativer Angebote.
- (2) Zuständig für die Verhandlung von Berufungs- und Bleibe-Leistungszulagen sind die Rektorin oder der Rektor und die Kanzlerin oder der Kanzler.
- (3) Die Fakultät oder das Institut kann begründen, warum bei einer geplanten Berufung ein besonderes Interesse an einer Person besteht, das Berufsleistungsbezüge rechtfertigt.
- (4) Bleibe-Leistungsbezüge (zur Abwendung einer Abwanderung) können nur gewährt werden, wenn die Professorin oder der Professor das Einstellungsangebot einer anderen Hochschule oder eines anderen Dienstherrn oder Arbeitgebers in Schriftform vorlegt.
- (5) Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge werden in der Regel bei erstmaliger Vergabe befristet gewährt. Die Gewährung kann an eine Zielvereinbarung geknüpft werden. Es besteht die Möglichkeit, vor Ablauf der Befristung mit formlosem Antrag die Verlängerung oder eine unbefristete Gewährung der Berufs- und Bleibe-Leistungsbezüge zu beantragen.

- (6) Befristet gewährte Berufs- und Bleibe-Leistungsbezüge werden unbefristet weitergewährt, wenn aufgrund eines Antrags der Professorin oder des Professors und eines vorzulegenden schriftlichen Berichts vom Rektorat festgestellt wird, dass die erwarteten bzw. vereinbarten Leistungen erreicht worden sind.
- (7) Die Berufs- und Bleibe-Leistungsbezüge werden monatlich oder als Einmalzahlung vergeben.
- (8) Befristete Berufs- und Bleibe-Leistungsbezüge nehmen nicht, unbefristete nur dann an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teil, wenn dies in Berufs- und Bleibe-Verhandlungen festgelegt ist.
- (9) Im Übrigen gilt § 38 LBesG i.V.m. § 2 LBVO.

§ 3 Leistungsbezüge für besondere Leistungen

- (1) In den Besoldungsgruppen W2 und W3 können Leistungsbezüge gemäß § 3 LBVO gewährt werden für besondere Leistungen in der
 - a) Forschung,
 - b) Lehre,
 - c) Kunst,
 - d) Nachwuchsförderung oder
 - e) Weiterbildung.
- (2) Die Leistungen müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits erbracht worden sein.
- (3) Besondere Leistungen in der Forschung können insbesondere nachgewiesen werden durch:
 - a) Publikationen, Herausgabe von Zeitschriften,
 - b) Einwerbung von Drittmitteln in erheblichem Umfang,
 - c) Aufbau und Leitung wissenschaftlicher Arbeitsgruppen, soweit die eigene wissenschaftliche Mitwirkung prägend ist
 - d) Wissenschaftliche Vortragstätigkeit und verantwortliche wissenschaftliche Tagungsmitwirkung,
 - e) Preise oder Evaluationen oder
 - f) Patente und Forschungstransfer.
- (4) Besondere Leistungen in der Lehre können insbesondere nachgewiesen werden durch
 - a) Publikationen, Preise oder Evaluationen,
 - b) eine über die Lehrverpflichtung hinausgehende Lehrtätigkeit,
 - c) eine Lehrbelastung mit besonderem Betreuungsaufwand,
 - d) besondere Belastungen durch Prüfungstätigkeiten oder

- e) die Einwerbung von Drittmitteln in nicht geringem Umfang.
- (5) Die Kriterien für besondere Leistungen in der Kunst, Nachwuchsförderung und Weiterbildung sind in § 3 Abs. 4 bis 6 LBVO festgelegt.
 - (6) Leistungsbezüge für besondere Leistungen werden monatlich in Stufen gemäß § 4 oder als Einmalzahlung vergeben. Eine Einmalzahlung kommt insbesondere in Betracht, wenn die Leistungen zwar ein hohes Niveau erreichen, den Anforderungen einer Leistungsstufe aber noch nicht vollständig entsprechen. Die Höhe der Einmalzahlung muss in einem angemessenen Verhältnis zur Bedeutung der Leistung stehen; sie soll in der Regel 5.000 € nicht überschreiten.
 - (7) Zuständig für die Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen ist das Rektorat.
 - (8) Leistungsbezüge für besondere Leistungen nehmen an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen nicht teil.
 - (9) Im Übrigen gilt § 38 LBesG i.V.m. § 3 LBVO.

§ 4 Leistungsstufen/Befristung

- (1) Leistungsbezüge für besondere Leistungen können bei monatlicher Vergabe in vier Stufen gewährt werden:
 - Stufe 1: 200 €
Leistungen, die über die Erfüllung der Dienstpflichten in einem Bereich (Lehre, Forschung, Weiterbildung oder Nachwuchsförderung) deutlich hinausgehen.
 - Stufe 2: 250 €
Leistungen, die das Profil des Faches/ der Fakultät in einem der bei Stufe 1 genannten Bereiche nachhaltig mitprägen.
 - Stufe 3: 350 €
Leistungen der Stufe 2 in einem Bereich und zusätzlich Leistungen entsprechend Stufe 1 in einem zweiten Bereich.
 - Stufe 4: 500 €
Leistungen, die das Profil der Hochschule als Lehr- und Forschungsinstitution in herausragender Weise mitprägen.
- (2) Eine Leistungsstufe kann in der Regel frühestens im Jahr des Auslaufens der vorangegangenen Stufe bzw. drei Jahre nach der Berufung beantragt werden
- (3) Im Regelfall erfolgt die Vergabe eines Leistungsbezugs an der Hochschule nach der Reihenfolge der Stufen, beginnend mit der Stufe 1.
- (4) In besonders begründeten Einzelfällen kann die jeweils nächsthöhere Stufe gewährt werden. In diesen Fällen wird grundsätzlich die vorangegangene Leistungsstufe gem. Abs. 5 zunächst auf drei Jahre befristet von Beginn an mitgewährt.
- (5) Die Gewährung einer Leistungsstufe wird in der Re-

gel auf drei Jahre befristet. Am Ende dieses Zeitraums kann diese entfallen, nochmals für die Dauer von bis zu drei Jahren befristet oder im Folgenden unbefristet gewährt werden. Außer in den Fällen des Abs. 4 setzt die Gewährung einer Leistungsstufe die Entfristung der vorangegangenen Stufe voraus.

- (6) Bei der Gewährung von Leistungsstufen ist das Gesamt-Besoldungsgefüge zu berücksichtigen.
- (7) Das Verfahren zur Vergabe der Leistungsbezüge für besondere Leistungen ist in der Anlage „Regelung über das Verfahren zur Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen“ zu dieser Richtlinie festgelegt. Die Anlage ist Bestandteil dieser Richtlinie.

§ 5 Leistungsbezüge für die Wahrnehmung von Funktionen oder besonderen Aufgaben im Rahmen der Hochschulselbstverwaltung oder der Hochschulleitung

- (1) Das Rektorat vergibt Funktionsleistungsbezüge in der Regel für folgende Ämter bzw. Funktionen in angegebener Höhe:
 - Beauftragte/r für Gleichstellung und Diversität 300 €
 - Beauftragte/r für die schulpraktische Ausbildung 300 €
 - Leiterin/Leiter eines Prüfungsamts 300 €
 - Kapazitätsbeauftragte/r 250 €
 - Ombudsfrau /Ombudsmann 100 €
- (2) Die Vergabe von Funktionsleistungsbezügen kann auch für die Wahrnehmung weiterer Funktionen oder besonderer Aufgaben im Rahmen der Hochschulselbstverwaltung und der Hochschulleitung gewährt werden. Daneben können für besonders herausragende Leistungen in Führungsfunktionen Einmalzahlungen gewährt werden.
- (3) Zuständig für die Vergabe der Funktionsleistungsbezüge an die Mitglieder der Dekanate und des Rektorats ist der Personalausschuss des Hochschulrats. Für die Funktionsleistungsbezüge der Mitglieder der Dekanate unterbreitet das Rektorat dem Personalausschuss Vorschläge, an die der Personalausschuss jedoch nicht gebunden ist (§ 20 Abs. 9 LHG).
- (4) Zuständig für die Vergabe aller anderen Funktionsleistungsbezüge ist das Rektorat.
- (5) Es besteht kein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Höhe der Funktionsleistungsbezüge; bei der Höhe der Vergabe ist dem zur

Verfügung stehenden Vergaberahmen stets in besonderem Maße Rechnung zu tragen.

- (6) Beim Ausscheiden aus dem Amt entfällt der Anspruch auf Zahlung mit dem Ende des Monats, mit dem das Ausscheiden erfolgt.
- (7) Funktionsleistungsbezüge werden für die Dauer der Funktion oder Aufgabe monatlich vergeben.
- (8) Funktionsleistungsbezüge nehmen an den allgemeinen Besoldungsanpassungen nur dann teil, wenn sie für die Wahrnehmung der Funktionen der hauptberuflichen Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen gewährt werden.
- (9) Im Übrigen gilt § 38 LBesG i.V.m. § 4 LBVO.

§ 6 Forschungs- und Lehrzulagen

- (1) Professorinnen und Professoren in der W-Besoldung sowie Junior- und Hochschuldozentinnen und -dozenten nach § 51a des LHG, die Mittel privater Dritter für Forschungs- und Lehrvorhaben der Hochschule einwerben und diese Vorhaben durchführen, kann für die Dauer des Drittmittelflusses aus diesen Mitteln eine nicht ruhegehaltstfähige Zulage nach § 60 LBesG gewährt werden, soweit der Drittmittelgeber bestimmte Mittel ausdrücklich zu diesem Zweck vorgesehen hat. Den Anträgen ist die schriftliche Zustimmung beizufügen, aus der sich die maximal zulässige Höhe der aus den Drittmitteln finanzierbaren Zulage sowie Beginn und Ende des Zeitraums ergeben muss, für den die Mittel bewilligt wurden. Über diesen Antrag entscheidet das Rektorat.
- (2) Forschungs- und Lehrzulagen nehmen nicht an regelmäßigen Besoldungsanpassungen teil.
- (3) Forschungs- und Lehrzulagen werden in der Regel monatlich oder als Einmalzahlung vergeben.
- (4) Im Übrigen gilt § 60 LBesG i.V.m. § 8 LBVO.

§ 7 Zulagen für Juniorprofessorinnen und -professoren und Juniordozentinnen und -dozenten

- (1) Juniorprofessorinnen/-professoren und Juniordozentinnen und -dozenten (§§ 51, 51a Abs. 3 LHG) können zur Gewinnung, zur Erhaltung und für besondere Leistungen eine nicht ruhegehaltstfähige Zulage erhalten.
- (2) Sofern die Zulage für besondere Leistungen gewährt wird, beträgt sie in der Regel monatlich 300 €. Voraussetzung sind eine erfolgreiche Zwischenevaluation sowie ein entsprechender Kurzantrag.

- (3) Zuständig für die Vergabe der Zulagen an Juniorprofessorinnen und -professoren ist das Rektorat.
- (4) Leistungszulagen der Juniorprofessorinnen und -professoren und Juniordozentinnen und -dozenten werden in der Regel monatlich vergeben.
- (5) Im Übrigen gilt § 59 LBesG.

§ 8 Ruhegehaltstfähigkeit

Die Ruhegehaltstfähigkeit von Leistungsbezügen richtet sich nach § 38 LBesG i.V.m. § 6 LBVO.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Bekanntgabe in Kraft und ersetzt die Fassung vom 18.07.2018. Sie gilt erstmals für Anträge auf Leistungsbezüge ab dem Jahr 2021.

Heidelberg, den 29.01.2021

gez. Prof. Dr. Hans-Werner Huneke
Rektor

gez. Stephanie Wiese-Heß
Kanzlerin

Anlage: Regelung über das Verfahren zur Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen vom 27.10.2020

Regelung über das Verfahren zur Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen

Anlage zur „Richtlinie der Pädagogischen Hochschule Heidelberg über die Vergabe von Leistungsbezügen gem. § 38 LBesG, Forschungs- und Lehrzulagen gem. § 60 LBesG sowie Zulagen für Juniorprofessorinnen und -professoren gem. § 59 LBesG“ vom 27.10.2020.

Mit den nachstehenden Festlegungen wird das Verfahren der Vergabe von Leistungsbezügen gem. §§ 3 und 4 der o.g. Richtlinie in Abänderung der bisherigen Regelungen wie folgt geregelt:

1. Die Hochschule kann für besondere, im zurückliegenden Zeitraum erbrachte Leistungen in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung Leistungsbezüge vergeben. Dies erfolgt in der Regel einmal jährlich und in vier Stufen:

- | | |
|----------------|---|
| Stufe 1: 200 € | Leistungen, die über die Erfüllung der Dienstpflichten in einem Bereich (Lehre, Forschung, Weiterbildung oder Nachwuchsförderung) deutlich hinausgehen. |
| Stufe 2: 250 € | Leistungen, die das Profil des Faches/ der Fakultät in einem der bei Stufe 1 genannten Bereiche nachhaltig mitprägen. |
| Stufe 3: 350 € | Leistungen der Stufe 2 in einem Bereich und zusätzlich Leistungen entsprechend Stufe 1 in einem zweiten Bereich. |
| Stufe 4: 500 € | Leistungen, die das Profil der Hochschule als Lehr- und Forschungsinstitution in herausragender Weise mitprägen. |

Die Gewährung einer Leistungsstufe setzt die Entfristung der vorangegangenen Stufe voraus. Eine Ausnahme gilt bei einem „Stufensprung“ gem. § 4 Abs. 4 der Richtlinie der Pädagogischen Hochschule Heidelberg über die Vergabe von Leistungsbezügen. Bei Neuberufungen kann ein Leistungsbezug frühestens drei Jahre nach der Berufung beantragt werden.

2. Leistungsbezüge für besondere Leistungen können auch als Einmalzahlung gewährt werden. Eine Einmalzahlung kommt insbesondere in Betracht, wenn die Leistungen zwar ein hohes Niveau erreichen, den Anforderungen einer Leistungsstufe aber noch nicht entsprechen (vgl. § 3 Abs. der entsprechenden Richtlinie).
3. Die monatlichen Beträge sind zu den übrigen monatlich zu zahlenden Bezügen hinzuzurechnen.
4. Der maßgebliche Zeitraum für die darzulegenden Leistungen ist der Zeitraum seit der erstmaligen Bewilligung der vorangegangenen Stufe, bei Neuberufungen i.d.R. mindestens die letzten drei Jahre der Tätigkeit an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.
5. Alle Professorinnen und Professoren, die die formalen Voraussetzungen für die Beantragung von Leistungsbezügen erfüllen, werden rechtzeitig darüber informiert.

6. Die jeweilige Leistungsstufe wird auf schriftlichen Antrag einer Professorin oder eines Professors vergeben. Der Antrag ist – i.d.R. – zusammen mit dem Antrag auf Entfristung der letzten befristeten Leistungszulage - spätestens bis zum **30. September** eines Jahres formlos und unter Einhaltung des Dienstweges an das Rektorat zu stellen. Über die Anträge entscheidet das Rektorat auf der Basis einer Beschlussempfehlung der Vergabekommission (s. Ziff. 9). Da eine rückwirkende Entfristung und Gewährung von Leistungsstufen allenfalls in besonderen Ausnahmefällen möglich ist, bitten wir, den Antrag zu dem oben genannten Termin zu stellen, der **vor** Ablauf der zuletzt gewährten Leistungsstufe liegt.
7. Dem Antrag beizufügen ist der Selbstreport über den maßgeblichen zurückliegenden Zeitraum. Darin hat die Antragstellerin oder der Antragsteller nachvollziehbar darzulegen, inwiefern in den relevanten Tätigkeitsfeldern entsprechend der unten genannten Reihenfolge besondere Leistungen erbracht wurden. Die geltend gemachten besonderen Leistungen müssen detailliert aufgeführt sein (vgl. Handreichung). Nicht unmittelbar nachvollziehbare Angaben sind zu belegen. Die Belege können im Original oder als Kopie beigelegt werden.
Außerdem ist im Antrag der Zeitraum der zu beurteilenden Leistungen (s. Ziff. 4) anzugeben.

Die genaue Antragsformulierung lautet:

„Für besondere Leistungen im Zeitraum vom..... bis.....in den Bereichen Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung beantrage ich ab (Datum) Leistungsbezüge gem. § 38 Abs. 1 Nr. 2 LBesG BW in der Stufe (Zahl) der Richtlinie über die Vergabe von Leistungsbezügen der Pädagogischen Hochschule Heidelberg vom 30.06.2020.“

Die Darstellung der im zuletzt maßgeblichen Zeitraum erbrachten Leistungen sollte sich an folgender Gliederung orientieren:

- (1) Publikationen (veröffentlicht oder mindestens eingereicht); bitte genaues Literaturverzeichnis beilegen, Rezensionen u.ä. ergänzen
- (2) Wissenschaftspreise (Auszeichnungen, Ehrungen, Förderpreise etc.)
- (3) Über die Lehrverpflichtung hinausgehende Lehrtätigkeit
- (4) Lehrbelastung mit besonderem Betreuungsaufwand
- (5) Lehrevaluation (dem Antrag sind aussagekräftige Beispiele beizulegen, wobei nicht unbedingt das positive Ergebnis der Lehrevaluation, sondern deren Reflexion für die Entwicklung der eigenen Lehre bedeutsam sein kann).
- (6) Einwerbung von Drittmitteln, wissenschaftliches Engagement
- (7) Wissenschaftliche Vorträge
- (8) Nachwuchsförderung
- (9) Besondere Beiträge u.a. zur Gleichstellung, Diversität und Internationalisierung

Die aufgeführten möglichen Leistungsbereiche sind nicht abschließend und können ergänzt werden.

8. Die Fakultätsvorstände können dem Rektorat für die Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen in der Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung initiativ Vorschläge unterbreiten; das Rektorat ist an diese Vorschläge nicht gebunden.

9. Für die Erarbeitung einer Beschlussvorlage wird ein Gremium (Vergabekommission) gebildet, das sich wie folgt zusammensetzt:
- Dekaninnen/Dekane der drei Fakultäten,
 - die Gleichstellungsbeauftragte bzw. eine von ihr benannte Vertretung,
 - ein nicht hauptamtliches Mitglied des Rektorats.

Die Vergabekommission bewertet die eingereichten Anträge nach den anerkannten wissenschaftlichen Standards, wie sie z.B. bei Lehr- und Forschungsevaluationen gelten. Dabei prüft sie das Vorliegen der Kriterien entsprechend der Höhe der jeweils beantragten Stufe (vgl. oben Ziffer 1). Maßgeblich sind die jeweiligen besonderen Leistungen, die im zurückliegenden Zeitraum gem. Ziff. 4 bereits erbracht wurden.

Hinsichtlich einer beantragten Entfristung kann die Kommission empfehlen,

1. der Entfristung der betreffenden Leistungsstufe zu entsprechen,
2. die bisherige Leistungsstufe erneut für die Dauer von bis zu drei Jahren befristet zu gewähren oder
3. die betreffende Leistungsstufe nicht weiter zu gewähren.

Hinsichtlich einer beantragten neuen Leistungsstufe hat die Kommission folgende Empfehlungsmöglichkeiten:

1. Vergabe des Leistungsbezugs befristet für drei Jahre (Regelfall, im Einzelfall auch kürzer),
2. anstelle eines monatlichen Leistungsbezugs eine Einmalzahlung in bestimmter Höhe (vgl. oben Ziffer 2), oder
3. eine Nichtgewährung des Leistungsbezugs

Die Kommission erstellt eine Prioritätenliste und formuliert eine entsprechende Beschlussvorlage, die dem Rektorat zur Entscheidung vorgelegt wird.

10. Das Rektorat berät und entscheidet über die Beschlussempfehlungen entsprechend der Geschäftsordnung des Rektorats und unter Hinzuziehung des Vergaberahmens.
11. Alle Antragstellerinnen bzw. Antragsteller erhalten eine Rückmeldung. Ein ablehnender Bescheid wird schriftlich begründet. Auf Wunsch wird der/dem Betroffenen die Entscheidung in einem Gespräch erläutert.
12. Antragstellerinnen bzw. Antragsteller, die nicht berücksichtigt werden konnten, können sich im jeweils folgenden Jahr erneut bewerben. Für alle anderen gilt in der Regel die dreijährige Wartezeit.
13. Über sonstige Anträge (z.B. Leistungsbezüge oder Entfristungen im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen) entscheiden die hauptamtlichen Mitglieder des Rektorats.